

VOLKSBLATT

Grossauflage

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 219

VERBUND | SÜDOSTSCHWEIZ

DONNERSTAG

Damit sich die Welt versteht



«Die Sprachen heben ab.» Unter diesem Motto starteten gestern Hunderte mit Helium gefüllte Luftballons auf dem Rathausplatz in Vaduz ihre grenzüberschreitende Reise. «Sprachen öffnen Türen!» Welche genau, das zeigte die kleine Feier, die am Europäischen Tag der Sprachen vor allem Schülerinnen und Schüler aus Liechtenstein anlockte.

Seite 7

USA wollen vorerst keine Unterstützung der NATO

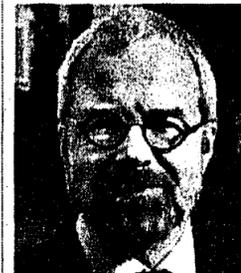


BRÜSEL: Bei der Ahndung der Terroranschläge vom 11. September wollen die USA vorerst keine militärische Unterstützung der NATO anfordern. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz (Bild) sagte gestern in Brüssel: «Wenn wir die Notwendigkeit einer kollektiven Aktion sehen, werden wir darum bitten, aber wir sehen diese Notwendigkeit im Moment nicht.»

Seite 35

REKLAME

Ohne Auto zur Arbeit
Aktionswoche 22. - 28. 9.
Nulltarif Liechtenstein Bus



Dr. Peter Goop, Vaduz
"Ich geniesse es, wenn ich zu Fuss zur Arbeit gehen kann. Morgens vordenken was mich erwartet und Zeit zum Abschalten abends."

VCL mit Unterstützung der Regierung, Ressort Verkehr

Die Geldgeber im Visier

Liechtenstein unterzeichnet Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus

Die Regierung unternimmt alles, damit der Finanzplatz Liechtenstein nicht für terroristische Zwecke missbraucht wird. Am Dienstag beschloss sie daher auch die Unterzeichnung des internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Mit dem Abkommen sollen vor allem die Geldgeber von Terrorakten getroffen werden.

Manfred Öhri

Bereits in der kommenden Woche wird Aussenminister Ernst Walch am Sitz der UNO in New York die Unterzeichnung des Übereinkommens - unter dem Vorbehalt der Ratifikation durch den Landtag - vornehmen. Die Regierung wolle damit ein weiteres Zeichen setzen, erklärte er am Mittwoch beim Pressesgespräch.

Engere Zusammenarbeit

Das internationale Übereinkommen vom 10. Januar 2000, das bis Ende dieses Jahres zur Unterzeichnung aufliegt, gehört in das Umfeld jener Übereinkommen, deren Ratifikation von den Staaten im Zusammenhang mit der Bekämpfung und der Finanzierung des Terrorismus gefordert wird. Laut Angaben der Regierung stehe es auch in Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung des Images im Bereich des Finanzplatzes, sei dies in Liechtenstein oder in anderen Staaten. Das Übereinkommen zielt auf die Hinter-

Online-Jobsuche und PC-Spiele

SOFA: Schwerpunktthema «Multimedia»

Machen Sie es sich auf der «Couch» oder dem Bürostuhl bequem und lassen sich von den verschiedenen Inputs und Anregungen im beiliegenden SOFA-Magazin inspirieren!

Eines der Hauptthemen ist dem Computerspiel gewidmet. Eine der lukrativsten Zielgruppen der Spiele sind Kinder. Doch, wo wird die Grenze der Brutalität überschritten? Nicht nur Eltern, sondern auch Lehrer werden diesbezüglich oft im Regen stehen gelassen. Wir unterhielten uns mit einem Fachmann über diese diffizile Sache. Mit den boomenden Personalbüros werden auch die Online-Jobbörsen umfangreicher. Was ist dran am «Kontakt, der Karrieren stiftet»? Und wie muss der/die Stellensuchende die Angel auswerfen, damit es beim Arbeitgeber click macht? Ein kleines Fischerlatein für Online-Bewerbungen. Beilage



Aussenminister Ernst Walch zur Unterzeichnung des Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus: «Die Regierung will ein Zeichen setzen.» (Bild: Paul Trummer)

männer und Financiers terroristischer Gruppen und sehe vor allem eine engere Zusammenarbeit der Justizbehörden vor, hiess es gestern.

Geldgeber im Visier

Wie Ernst Walch am Pressesgespräch weiter ausführte, ist das Übereinkommen Bestandteil einer Reihe von neun Abkommen, die sich gegen Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und Sprengstoffanschläge richten würden. Beim grössten Teil dieser Abkommen sei Liechtenstein bereits Vertragspartei. Mit dem vorliegenden Übereinkommen sollen jedoch, so der Aussenminister, erstmals auch die Geldgeber von Terrorakten getroffen werden. Insbesondere solle es den Staaten nicht mehr möglich sein, sich auf das Bankgeheimnis zu berufen, um Ermittlungen gegen

mutmassliche Terroristen zu vereiteln. Regierungschef Otmar Hasler unterstrich diesbezüglich erneut, dass das Bankgeheimnis bei erwiesenen Straftaten, Strafverfahren, kriminellen Handlungen oder gar Terrorismus keine Rolle spiele. In solchen Fällen habe es in Liechtenstein bereits in der Vergangenheit kein Bankgeheimnis gegeben.

Die Schwerpunkte

Gemäss den Erläuterungen des Aussenministers sollen sich die Staaten ausserdem durch das Übereinkommen nicht mehr auf einen rein steuerlichen Hintergrund berufen können, um internationale Anfragen an die Justiz abzulehnen. Das Übereinkommen sieht vor, dass es nicht mehr möglich sein soll, Nummernkonten ohne jede Möglichkeit der Identifikati-

on des Kontoinhabers einzuordnen - laut Ernst Walch seit vielen Jahren bereits eine Selbstverständlichkeit in Liechtenstein. Des Weiteren sollen ungewöhnliche oder besonders hohe Überweisungen gemeldet werden. Das Übereinkommen zielt auf Personen, die direkt oder indirekt, wissentlich oder unwissentlich Konten eröffnen, die für terroristische Zwecke genutzt werden. Wenn sich ein Verdacht bestätigt, sollen die betreffenden Konten beschlagnahmt werden können. Ein neuer Aspekt für Liechtenstein sei, so Ernst Walch, dass die konfiszierten Gelder zur Entschädigung von Opfern verwendet werden sollen.

Weltweites Finanznetz

Die Organisation, welche die Tragödien in Amerika zu verantworten hat, ist nach Informationen der US-Sicherheitsbehörden in über 63 Staaten der Welt in der einen oder anderen Form verankert. Nachdem ein weltweites Finanznetz mit Tausenden Konten bestehe, könne nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die eine oder andere Spur auch nach Liechtenstein führe, bemerkte Regierungschef Otmar Hasler. Kein Land könne das für sich völlig ausschliessen, «doch wir tun alles in unserer Macht Stehende, dass der Finanzplatz Liechtenstein nicht für terroristische Zwecke missbraucht wird». Mit seiner vorbildlichen Gesetzgebung sei Liechtenstein in der Kette zur Bekämpfung des Terrorismus ein starkes Glied, meinte Otmar Hasler. Bis heute gebe es keinen begründeten Verdacht auf irgendwelche Transaktionen.

KORRIGENDA

Bei der Berichterstattung in der Ausgabe des Volksblatts vom 25. September über die Ansprache von Landtagspräsident Klaus Wanger vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 24. September 2001 in Strassburg kam es durch ein kommunikatives Missverständnis bedauerlicherweise zu einer inhaltlich teilweise falschen Wiedergabe von Zitaten aus der Ansprache. Die Redaktion möchte sich bei Herrn Landtagspräsident Klaus Wanger dafür entschuldigen. Aus diesem Grunde veröffentlicht heute das Volksblatt als Richtigstellung die Ansprache des Landtagspräsidenten im Wortlaut. Seite 3

Teamlibero Harry Zech tritt zurück



Wegen der für ihn nicht nachvollziehbaren Vorkommnisse bei der ordentlichen Delegiertenversammlung des Liechtensteiner Fussballverbandes hat Harry Zech (Bild) Konsequenzen gezogen und erklärte gestern seinen Rücktritt.

Besonders die Art und Weise, wie die Vereinsfunktionäre des USV Eschen-Mauren, FC Balzers, FC Schaan, FC Ruggell und des FC Triesenberg gegen Otto Biedermann vorgegangen sind, stiess bei dem als sehr besonnen bekannten Spieler auf grösstes Unverständnis: «Mir fehlen immer noch sachliche Argumente, aber jetzt haben sie ja genau das erreicht, was sie angestrebt haben. Ich habe Angst, dass nun ein erfolgreich eingeschlagener Weg zusammenbricht.»

Bestürzt reagierte Nationaltrainer Ralf Loose auf den Rücktritt von Zech und sprach von einem herben Verlust. Seite 21

Vorprüfung der Volksinitiative

Die Regierung hat am Dienstag den Bericht und Antrag zur Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative im Hinblick auf die Abänderung von Artikel 20 der Verfassung genehmigt und an den Landtag weitergeleitet, wie Regierungschef Otmar Hasler gestern mitteilte. Die Initiative wurde am 24. August 2001 vom «Initiativkomitee für eine Verkehrspolitik mit Zukunft» eingebracht. Dessen erklärtes Ziel ist es, eine den modernen Ansprüchen genügende Verfassungsbestimmung zum Thema Verkehr in der Verfassung zu verankern. Das Initiativkomitee will den Verkehr sowohl auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie auch auf soziale und ökologische Verträglichkeit und Nachhaltigkeit auslegen. Die Vorprüfung habe ergeben, so Otmar Hasler, dass die Initiative den völkerrechtlichen Bestimmungen nicht entgegenstehe. Sie solle daher zugelassen werden.



REKLAME

bauelemente ag
Fenster • Türen • Wintergarten
Otto Hilli • 9494 Schaan • Tel. +423/232 32 18
E-MAIL: info@bauelementeag.li
Automatische Schiebetüren